



Wien, am 24. September 2013

**Österreichische Kinderfreunde:  
Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf  
der Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst**

(Entwurf siehe: [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME\\_00542/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00542/index.shtml))

Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen den vorliegenden Begutachtungsentwurf als Fortschritt in den Bemühungen, das LehrerInnen-Besoldungsrecht modernen Erfordernissen des Schul- und Bildungsbetriebs anzupassen.

Insbesondere die weitgehende Vereinheitlichung der Besoldung unabhängig vom Verwendungsbereich im Sinne der Gleichwertigkeit aller pädagogischen Berufe (unabhängig von der Schulform) wird als Fortschritt erachtet, da sie einen wichtigen Schritt in Richtung einer dringend notwendigen gemeinsamen Schule darstellt.

Dazu zählen unter anderem die Abflachung der Gehaltskurve, die Anhebung der Einstiegsgehälter (die durch verschiedene Zulagen noch wesentlich erhöht werden können) und die attraktivere Gestaltung des Berufseinstiegs für QuereinsteigerInnen bzw. die Anrechnung von bis zu 12 Vordienstjahren für einschlägig Berufstätige.

Zur Verstärkung dieser gewünschten Durchlässigkeit schlagen die Kinderfreunde ein Maßnahmenpaket vor beispielsweise eine Informationskampagne, Beratungsangebote, sowie ein einfaches durchschaubares Verfahren - das die Entscheidung für QuereinsteigerInnen, LehrerInnen zu werden, fördert.

Als weiterer Fortschritt wird die Gleichwertigkeit der geleisteten Arbeitsstunden erachtet, die es erleichtert, LehrerInnen für die Mitarbeit in der Nachmittagsbetreuung von Ganztagsesschulen zu gewinnen.

Auch die wesentliche Erhöhung von Ressourcen von Begleitpersonal (SozialarbeiterInnen, Sprachförderpersonal und dergl.) ist positiv anzumerken. Mit der Anrechnung von Beratungsstunden und Elternarbeit auf die zu leistenden Unterrichtsstunden werden LehrerInnen bezüglich der Erbringung dieser Zusatzleistungen erheblich entlastet.

Die vorgesehene zusätzliche Einstellung von 150 Personen im Verwaltungsbereich ist zu begrüßen, wenn auch in einem noch nicht zufriedenstellenden Ausmaß. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Einführung eines mittleren Managements für Schulen.



Zwar ist es nicht in ausreichendem Maße gelungen das schwer überschaubare Zulagensystem zu beseitigen, aber ist eine wesentliche Vereinfachung ist zu erkennen, die dennoch entsprechende Mehrleistungen und Mehrbelastungen in bestimmten Fächern und für wichtige Aufgaben entsprechend attraktiv abzugelen scheint. Hier fordern die Kinderfreunde aber die weitestgehende Gleichstellung der Zulagen unabhängig vom Schultyp. Insbesondere der Volksschulbereich ist gegenüber den anderen weiterhin deutlich benachteiligt.

Die Erhöhung der zu erbringenden 24 Unterrichtsstunden pro Woche bedeuten zwar auf den ersten Blick eine Mehrbelastung, die aber durch eine Vielzahl an flankierenden unterstützenden Maßnahmen begleitet wird (z. B. Mentoring von EinsteigerInnen). Diese Erhöhung bedeutet aber auch ein Mehr an Zeit für die SchülerInnen und deren individuellen Bedürfnisse im Sinne der Bestrebungen des Unterrichtsministeriums im Bereich individualisiertes Lernen, Modernisierung des Unterrichts und Förderung von weniger leistungsfähigen SchülerInnen mit schwierigem sozioökonomischen Hintergrund.

Lediglich die 5-jährige Übergangsfrist erscheint zu lang und verzögert die Umsetzung dieser wichtigen Maßnahme unnötigerweise. Diese Frist könnte auf zwei Jahre verkürzt werden. Alle derzeit ausgebildeten PädagogInnen könnten sich dennoch rechtzeitig auf diese für sie auch viele Vorteile bietenden Dienstrechtsänderungen einstellen.

## Absender

Österreichische Kinderfreunde  
Rauhensteingasse 5  
1010 Wien  
01 5121298-0  
kind-und-co@kinderfreunde.at